



Mehr als nur Gewerkschaft

Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter Union



FEMINISMUS UND GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ein Reader der FAUB Sektion Potsdam

Zu jedem Zeitpunkt seit der Erfindung der Gewerkschaften durch französische Syndikalist*innen waren sie ein Feld der Auseinandersetzung: mit den Bossen natürlich, zwischen verschiedenen Berufsgruppen, aber auch auf dem Gebiet der Geschlechterverhältnisse. Dieser Broschüre mit Veröffentlichungen aus dem Umfeld der FAU zu Feminismus und Gewerkschaftsarbeit wollen wir eine Episode aus der spanischen Revolution voranstellen, die maßgeblich von den spanischen Anarchist*innen und der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT getragen wurde:

„Als wir dort ankamen, hatte Durruti eine Schürze um die Hüfte gebunden und war dabei, zu spülen und das Abendessen für das Kind und seine Frau vorzubereiten, die bald von der Arbeit kommen mußte. Germinal begann zu lachen: »Ich bitte dich, das ist doch wohl Frauensache . . .« Es stimmte, daß Durruti mit der Frauenschürze, die auf seinem enormen Brustkorb winzig schien, und seinem Gorillakopf, der aus den Rüschen hervorschaute, lächerlich aussah. Aber dann richtete Durruti sich auf, er runzelte die Stirn und seine Augen blitzten; und schon sah er keineswegs mehr lächerlich aus, sondern wild und gefährlich. Germinal ging ein paar Schritte rückwärts, und selbst ich, der ich Durruti liebte, wie man einen Vater liebt, konnte nicht anders und duckte mich auf meinem Stuhl. »Nimm dir das zum Beispiel«, donnerte Buenaventura und drohte dem eingeschüchterten Germinal mit dem Finger. »Wenn meine Frau arbeiten geht, putze ich die Wohnung, mache die Betten und koche das Essen. Ich bade auch die Kleine und ziehe sie an. Wenn du glaubst, daß ein Anarchist in einer Kneipe oder einem Cafe herumlungern sollte, während seine Frau arbeitet, dann hast du nichts begriffen.«”

(Rosa Montero: *Die Tochter des Kannibalen*)

INHALT

SCHNEESTURM, STRATEGIE UND SEXISMUS

Die IWW trifft sich in Boston

03

—Myrto Adrianopoulou (Mitglied der IWW-NYC)

WER DAS BROT BEZAHLT UND WER DEN AB- WASCH MACHT

Zur Verteilung von Broterwerb und Hausarbeit zwischen den Geschlechtern

05

—Rabea Walter

DAS ARBEITSLEBEN IST MEHR ALS DER JOB

Arbeitskämpfe müssen auch vom Standpunkt der Reproduktion aus geführt werden

09

—Jette Hausotter

DIE KRISE ALS KATALYSATOR DER REAKTION

In Spanien besteht die Gefahr massiver Rückschritte im Kampf gegen die patriarchale Gesellschaft

21

—Interview mit Berta Vega

SCHNEESTURM, STRATEGIE UND SEXISMUS

DIE IWW TRIFFT SICH IN BOSTON

Von: Myrto Adrianopoulou (Mitglied der IWW-NYC) - 12. März 2013

[...]

Inklusion und Exklusion in der Gewerkschaft

Doch auch zum Organizing Summit kamen fast ausschließlich jene üblichen Verdächtigen. Der Großteil der Anwesenden waren weiße, studierte Mittelschichtjungs. Die meisten Anarchisten. Das ist natürlich an sich erstmal nicht schlecht. Wenn man sich jedoch überlegt, dass in den prekären, unterbezahlten Arbeitsplätzen, die sie organisieren, in den USA vor allem nicht-akademische Migrant*innen, People of Colour und Frauen überrepräsentiert sind, fragt man sich, warum diese auf der Tagung kaum zu sehen waren. Das wurde glücklicherweise des öfteren thematisiert und auch nach Auswegen aus dem Teufelskreis gesucht. Es scheint jedoch schwer zu fallen, ein Gleichgewicht zu finden zwischen gendergerechter Sprache und nicht zu akademischen Ausdrucksweisen. Kürzlich hat sich bezüglich des Genderthemas zumindest das „Patriarchy Resistance Committee“ gegründet, das das Machtgefälle zwischen Männern und anderen Geschlechtern aufzuheben sucht. Allerdings widmen sich hauptsächlich Frauen dieser anstrengenden und mühevollen Aufgabe, während Männer die wirklich spannenden Dinge verwirklichen, Verantwortlichkeiten übernehmen und sich als Organizer weiterbilden. Somit reproduziert sich noch einmal dieses ungleiche Verhältnis, da der Kampf gegen Sexismus Zeit und Kraft beansprucht, die sonst

in die Aktivitäten investiert werden könnten, die die Männer derweil machen können. Bezüglich der „szene-fremden“ Menschen wurde jedoch leider nicht sehr viel gesagt. Bei der abschließenden Reflektionsrunde gab es jedoch einige Kommentare, die deutlich machten, dass viele ihre Kolleg*innen nicht zu so einer Veranstaltung wie dem Summit mitbringen würden, da sie sich nicht wohl, sondern ausgeschlossen fühlen würden in diesem Paralleluniversum der vegan-essenden, sich mit Geschlechtskodierungen anredenden und nahezu ausschließlich Englisch sprechenden Leute. Das Organizer-Training etwa gibt es bis heute nicht auf Spanisch, trotz der großen und wachsenden Anzahl lateinamerikanischer Migrant*innen in der Arbeiterklasse in den USA. Es ist interessant, wie die Art der Bemühungen eine Arbeitsatmosphäre zu schaffen, in der etwa alle Geschlechtsidentitäten sich willkommen fühlen, dazu führt, dass sich wieder andere, die diese Sprache nicht kennen, entfremdet und nicht dazugehörig fühlen und somit einmal mehr eine emanzipatorische Veranstaltung, die Menschen handlungsfähig macht, ohne sie stattfindet.

WER DAS BROT BEZAHLT UND WER DEN ABWASCH MACHT

ZUR VERTEILUNG VON BROTERWERB UND HAUSARBEIT ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN

Von: Rabea Walter - 6. Dezember 2011

Das traditionelle Bild der Geschlechterrollen ist einfach und klar: Der Ehemann geht einem festen Beschäftigungsverhältnis mit entsprechenden Sozialleistungen nach, die Ehefrau und Mutter leistet im Gegenzug die unbezahlte Hausarbeit und kümmert sich um die Kinder. Auch wenn dieses „männliche Ernährermodell“ schon lange nicht mehr die einzige Möglichkeit ist, Paarbeziehungen und Elternschaft zu gestalten, so bestimmt es in vielen Bereichen noch immer die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Auch in der Praxis ist es häufig anzutreffen. In Westdeutschland folgt fast die Hälfte aller Paare mit Kindern dem traditionellen Familienbild. Daneben haben sich aber eine Reihe weiterer Lebensentwürfe etabliert, die ein komplexeres Bild der Verteilung von Broterwerb und Hausarbeit zeigt. Neben dem modifizierten männlichen Ernährermodell, bei dem die Frau durch Teilzeitarbeit dazuverdient, gibt es das Modell der zu gleichen Teilen arbeitenden Erwachsenen. Arbeit meint jedoch auch hier allein die Lohnarbeit und nicht die Reproduktionsarbeit, die unbezahlt geleistet wird. Neuere Untersuchungen haben ergeben, dass es immer mehr Mütter gibt, die durch Lohnarbeit die Existenz der Familie sichern. Frauen werden zunehmend zu Haupternährerinnen des Haushaltes. Die traditionelle Arbeitsteilung der Geschlechter ist gehörig ins Wanken geraten.

Nichtsdestotrotz spielt das Geschlecht noch immer eine wesentliche Rolle, wenn es um die Verteilung und Bezahlung von Arbeit geht. Denn noch immer sind es überwiegend Frauen, die unbezahlt Erziehungs- und Hausarbeit leisten und in Teilzeit oder prekären Jobs arbeiten, die ihnen keine ausreichenden eigenen Ansprüche auf soziale Leistungen sichern.

Kinder, Küche, Kirche

Für die Gesetzgebung in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg stand das männliche Ernährermodell Pate. Die Erfahrungen, die Frauen während des zweiten Weltkrieges in der Arbeitswelt gemacht hatten, wurden nicht zu einem Impuls für einen Wandel in den Geschlechterrollen. Eher sah man sie als eine Ausnahme von der Regel, zu der es zurückzukehren galt. So nahm die Mehrheit der Frauen in der Nachkriegszeit wieder ihre vermeintlich „natürlichen“ Aufgaben als Hausfrauen und Mütter wahr. Ökonomisch war ihre Existenz damit von den Ehemännern abhängig. Ansprüche auf Sozialversicherung, wie Kranken- oder Rentenversicherung, leiteten sich von den Ansprüchen der Ehepartner ab und standen nicht der Ehefrau individuell zu. Mit dem noch heute praktizierten Ehegattensplitting, d.h. der ungleichen Besteuerung der Ehepartner, bei der das niedrigere Einkommen höher besteuert wird, wurde zudem ein Anreiz für Ehefrauen geschaffen, höchstens in geringem Umfang dazuzuverdienen. Die Steuergesetzgebung und die gesetzlichen Regelungen des Sozialversicherungssystems verstärkten so die persönliche und ökonomische Abhängigkeit verheirateter Frauen. Im Idealbild der Zeit war eigenständige Lohnarbeit verheirateter Frauen nicht vorgesehen und arbeitende Mütter wurden sogar als Rabenmütter verpönt. Bis 1958 brauchten verheiratete Frauen eine schriftliche Einverständniserklärung des Ehemannes, um arbeiten zu dürfen. Aber auch in den 1950er und 1960er Jahren gab es aufgrund des Männer-

mangels bereits viele Mütter, die dem gesellschaftlichen Idealbild nicht entsprachen und notgedrungen arbeiten gingen.

Seit den späten 1960er und dann in den 1970er Jahren sorgten die 68er-Bewegung und vor allem die Frauenbewegung dafür, dass sich das Frauenbild änderte. Statt weiter die vorgesehene Rolle als „Heimchen am Herd“ zu übernehmen, forderten viele Frauen die gleichberechtigte Partizipation in allen Lebensbereichen. Mit der Losung „Das Private ist politisch“ machte die Frauenbewegung deutlich, dass es keineswegs nur persönliche Entscheidungen waren, die über die Verteilung von Erwerbs- und Hausarbeit bestimmten, sondern dass es strukturelle Faktoren waren, die zur Abhängigkeit und Unterordnung von Frauen in einer geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung führten. Damit zeigten sie zugleich auf, dass Geschlechterbilder gesellschaftliche Phänomene sind, es also keineswegs „natürliche“ Aufgaben für Frauen und Männer gibt.

Lohnkampf als Feminismus

Der Wandel der Geschlechterbilder führte zusammen mit der zunehmenden Notwendigkeit des Broterwerbs dazu, dass immer mehr Frauen Lohnarbeit nachgehen. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren nahm die Anzahl der erwerbstätigen Frauen kontinuierlich zu. Der Trend setzt sich auch in den folgenden Jahrzehnten fort, wobei aber die wenigsten Frauen sozialversicherungspflichtige Vollzeitjobs ohne Befristung haben. Dieses Zuverdienermodell wirkt nur auf den ersten Blick als Chance auf eine gerechtere Verteilung der Hausarbeit und eine größere ökonomische Unabhängigkeit von Frauen. Oft sind sie weit entfernt von dem als Ideal dargestellten partnerschaftlichen Modell, in dem beide gleichberechtigt zur ökonomischen Existenzsicherung und zur Hausarbeit beitragen. Selbst wenn dieses Ideal im Hinblick auf den Lohn erreicht wird, ist damit nicht die gleichberechtigte Verteilung der Erziehungs- und Hausarbeit verbunden. Weiterhin sind es die Frauen, die

einen deutlich höheren Anteil an der unbezahlten Familienarbeit übernehmen. Auch gibt es immer mehr Frauen, die mehr oder weniger freiwillig für den Broterwerb in der Familie zuständig geworden sind, beispielsweise weil sie alleinerziehend sind, weil ihr Partner arbeitslos geworden ist oder er weniger verdient als sie. Gerade die Familienernährerinnen sind besonders von den Problemen betroffen, die erwerbstätige Frauen sowieso haben. Anders als die Männer im klassischen Ernährermodell haben sie in der Regel keine Arbeit, die ihnen den problemlosen Unterhalt der Familie ermöglicht. Oftmals haben sie verkürzte Arbeitszeiten, um auch Kindererziehung und Haushalt mit der Arbeit unter einen Hut zu bekommen. Zudem sind viele Familienernährerinnen in Gesundheits- und Sozialberufen tätig, die als klassische Frauenberufe gelten und dementsprechend deutlich geringer entlohnt werden.

Der Kampf für gerechte Löhne ist deshalb auch ein Kampf für die Gleichberechtigung. Meist sind es Frauen, die tagtäglich mit den Folgen der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu kämpfen haben. Aber auch Männern (oder Personen jeglicher anderer Form geschlechtlicher Identität) wird oftmals die Möglichkeit genommen, sich ohne gesellschaftliche und ökonomische Zwänge zu entfalten. Es geht deshalb nicht nur darum, im Kleinen zu entscheiden, wer den Abwasch macht, sondern darum, zu debattieren, wie die gesellschaftlich notwendige Arbeit, zu der selbstverständlich auch die Reproduktionsarbeit gehört, geregelt werden sollte.

DAS ARBEITSLEBEN IST MEHR ALS DER JOB

ARBEITSKÄMPFE MÜSSEN AUCH VOM STANDPUNKT DER REPRODUKTION AUS GEFÜHRT WERDEN

Von: Jette Hausotter - 22. Oktober 2012

Arbeit ist ein unabdingbares Mittel menschlicher Bedürfnisbefriedigung und gesellschaftlicher Entwicklung. Und sie ist ein umkämpftes Feld. Wer welche Arbeit macht und wie diese materiell und ideell bewertet wird, bestimmt in kapitalistischen Ökonomien maßgeblich über die Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum, von Anerkennung und von Lebensperspektiven. Arbeitsbeziehungen sind daher ein Ort ständiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Laut der letzten Regierungsstatistik zur Zeitverwendung (BMBFSFJ 2003) wurden 2001 in der BRD 56 Mrd. Stunden Erwerbsarbeit erbracht. Dem standen 96 Mrd. Stunden unbezahlter Arbeit gegenüber. Frauen verrichten laut dieser Studie über drei Fünftel der gesamten unbezahlten Arbeit. Sie geben an, überwiegend Haushaltsarbeit, Einkäufe und Betreuungsarbeit zu übernehmen. Bei Männern ist der Anteil dieser Tätigkeiten an unbezahlter Arbeit jeweils geringer, dafür widmen sie ehrenamtlichen und handwerklichen Tätigkeiten mehr Zeit.

Geteilte Arbeit – umkämpfte Arbeit

Mit der Entwicklung des industriellen Kapitalismus und der bürgerlichen Lebensweise hat sich die Trennung der Arbeit und damit auch der Vergesellschaftung in die zwei Sphären Produktion und Reproduktion durchgesetzt. In einer bürgerlich-kapitalistischen Ökonomie hat Arbeit also verschiedene gesellschaftliche Formen. Das Privateigentum an Produktionsmitteln und die moderne Fabrikarbeit brachten einen Zugriff auf menschliche Arbeitskraft mit sich, der zwischen lohnvermittelter und nicht lohnvermittelter Arbeit unterscheidet. Für die Reproduktion der in der Produktionssphäre verbrauchten Arbeitskraft interessiert sich das Kapital nicht. Die dafür nötige Arbeit wird nicht als solche bewertet und den Einzelnen überlassen, solange sie nicht direkt Mehrwert schaffend organisiert ist. Parallel dazu etablierten sich bürgerliche Gesellschaftsformen, die an die vorkapitalistischen patriarchalen Strukturen anknüpften und eine Vergeschlechtlichung der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit durchsetzten; darunter die im eigenen Privathaushalt zusammenlebende heterosexuelle, eheliche Kleinfamilie als hegemoniale Lebens- und Reproduktionsweise (vgl. Beer 1990).

Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit wurden zum Scharnier, das die in den zwei Sphären arbeitenden Subjekte in reproduktive Einheiten aneinander band. Reproduktionsarbeit wurde durch die Klassifikation als private und im eigenen Haushalt erbrachte Nicht-Arbeit, als „Liebesdienst“, abgewertet, wie es Gisela Bock und Barbara Duden (1977) formulierten. Die gesellschaftliche Produktivität von reproduktiver Arbeit wurde in diesem Zuge negiert; durch die Privatisierung wurde sie quasi entpolitisiert. Nicht zuletzt der Staat setzte durch, dass weibliche Arbeitskraft (zusätzlich zur Lohnarbeit) in die Familie verbannt und dort zur unbezahlten Übernahme der reproduktiven und regenerativen Aufgaben herangezogen wurde.

Das griffigste Beispiel hierfür ist die bis 1977 gültige Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuches der BRD, wonach Frauen nur zur Erwerbstätigkeit berechtigt waren, solange sie ihre Arbeit in Ehe und Familie nicht vernachlässigten. Tarifkompromisse zwischen Gewerkschaften und Kapital, die eine ungleiche Behandlung von Männern und Frauen ermöglichten, taten ein Übriges. Zunächst erfolgte dies ganz direkt über Abschläge für Frauenlohngruppen. Nachdem diese Praxis in der BRD 1955 vom Bundesarbeitsgericht verboten wurde, wurden sogenannte Leichtlohngruppen eingeführt. Aus direkter wurde indirekte Lohndiskriminierung, indem Frauen diesen Einkommensgruppen überproportional häufig zugeordnet wurden. Mittels solcher Strukturen erlangten Frauen oftmals nur einen ungleich prekäreren Erwerbstätigenstatus als Männer, wodurch ihnen eine eigenständige Existenzsicherung erschwert und patriarchale Abhängigkeitsbeziehungen gefestigt wurden. Bis heute ist Teilzeiterwerbsarbeit unter Frauen deutlich verbreiteter als unter Männern. Dabei schränken vor allem Mütter die Erwerbstätigkeit wegen familiärer Arbeit ein, während dieses Motiv bei Vätern eine viel geringere Rolle spielt (BMFSFJ 2012). In ökonomischen Krisenzeiten sind Frauen oft überproportional von Entlassungen betroffen: staatlich subventionierte Kurzarbeit bringt die Männerdomäne Metall- und Elektroindustrie über die erste Krisenphase 2009, Schlecker-Verkäuferinnen müssen 2012 selbst sehen, wo zukünftig das Einkommen herkommt.

An gewerkschaftlichen Kämpfen waren immer auch Frauen beteiligt, obwohl ihnen bis ins 20. Jahrhundert viele politische Rechte vorenthalten wurden. Die Kämpfe gegen die direkte Lohndiskriminierung führten sie teilweise alleine, wenn ihnen männliche Kollegen und männlich dominierte Gewerkschaften (zunächst) die Solidarität verweigerten. Relativ bekannt dafür ist der Kampf von migrantischen Arbeiterinnen beim Automobilzulieferer Pierburg AG in Neuss. Dieser begann 1973 als

wilder Streik und mit ihm wurde letztlich die Abschaffung der Lohngruppe 2 durchgesetzt, die kurz zuvor zwischen Betrieb und Belegschaftsvertretung vereinbart worden war. Mit gewerkschaftlicher Unterstützung der IG Druck und Papier klagten um 1980 mehrere Frauen über Jahre und am Ende erfolgreich gegen die geschlechtliche Lohndiskriminierung im Gelsenkirchener Großfotolabor Heinze. In dem Spielfilm *Made in Dagenham* (Nigel Cole, 2010) wird die Geschichte des Streiks von Näherinnen bei Ford in Dagenham/UK erzählt, die sich 1968 gegen ihre Einstufung als unqualifizierte Arbeiterinnen wehrten und letztlich den Anstoß gaben für die Einführung des Equal-Pay-Acts in Großbritannien 1970. Dieser Film zeigt aber auch, dass die Frauen nicht nur den Konzern gegen sich hatten, sondern im Prozess ihrer Politisierung und Solidarisierung mit dem Widerstand umgehen mussten, der ihnen aus ihrem persönlichen Umfeld entgegenschlug. Ihre Ehemänner, Väter, Brüder und Söhne nahmen sie entweder einfach nicht ernst oder sie versuchten, ihre politische Arbeit zu verhindern. So verband sich für die kämpfenden Frauen der Einsatz für ihre eigenen arbeitspolitischen Interessen mit der Widersetzung gegen vorherrschende Weiblichkeitsnormen, die sie sprachlos und politisch passiv machen sollten.

Die feministische Erweiterung des Arbeitsbegriffes

Es ist diese Notwendigkeit sowohl im Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit als auch in patriarchalen Strukturen für ihre Interessen zu kämpfen, den italienische Feministinnen in den 1970er Jahren als doppelte Militanz bezeichneten. Es ging darum, „zweierlei Kämpfe zu führen: einen direkt gegen das Kapital, den anderen gegen die patriarchale Kultur und ihre Folgen, die sich wiederum das Kapital zunutze gemacht und zynisch ausgebeutet hat“ (Ravaioli 1977: 163). Mit der Strategie der doppelten Militanz wendeten sie sich gegen ein reduktionistisches Herrschaftsverständnis der Arbeiterbewegung

in dem das Kapitalverhältnis und das Privateigentum als Grund aller Herrschaft und Ungleichheit galten und patriarchale Strukturen nicht des Kampfes wert waren bzw. die Bewegung selbst durchzogen. Mit dieser Annahme sind patriarchale Unterdrückungsverhältnisse, das Private und die Lebensweise in Teilen der alten und Neuen Linken oftmals zum Nebenwiderspruch erklärt worden.

Diese Sichtweise war nicht immer vorherrschend. Alexandra Kollontai setzte sich für die Überwindung sexueller Moralvorstellungen im revolutionären Russland ein, die die weibliche Autonomie einschränkten und trieb die Kollektivierung von Arbeiten voran, die bis dato in der Familie stattfanden. Damit sollte Frauen der Zugang zu gesellschaftlicher Beteiligung erleichtert werden. Bei August Bebel, teilweise auch bei Clara Zetkin, fand sich noch ein dialektisches Verständnis von Frauenemanzipation, in dem die ökonomische Unabhängigkeit vom Ehemann und die Überwindung der bigotten Sexualmoral als Schritte der Befreiung verstanden wurden, die sich auf eine umfassende Utopie sozialer Revolution bezogen. Daraus wurde erst in der späteren Arbeiterbewegung die Verkürzung auf eine doppelte Unterdrückung von Frauen durch das Kapital: als Verkäuferinnen ihrer Arbeitskraft und als Geschlechtswesen. Und die Schlussfolgerung: Befreiung gibt es erst im Sozialismus, also nach der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Erst diese Ansicht begründete eine Absage an feministische Projekte bzw. an viele politische Projekte, die nicht unmittelbar auf die Aufhebung des Widerspruchs zwischen Kapital und Proletariat zielten. Vielen marxistischen Organisationen galten die Lohnabhängigen als die treibende Kraft sozialer Veränderungen, als das kollektive revolutionäre Subjekt. Frauen waren insoweit als politische Subjekte relevant, als sie Lohnarbeiterinnen waren. Sobald sie sich als patriarchal Unterdrückte organisierten, wurde ihnen

der Vorwurf der Spalterei und der Orientierung an Nebenwidersprüchen gemacht (vgl. Haug 2000).

Auch unbezahlte Arbeit als Produzentin der Ware Arbeitskraft spielt durchaus eine Rolle in der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie. In der Analyse des Doppelcharakters der Arbeit beschreibt Marx in kritischer Weise die Zentralisierung der Lohnarbeit in der politischen Ökonomie und den machtvollen Prozess, durch welchen alle anderen Lebensbereiche dem Zwang zur Lohnarbeit untergeordnet werden. Es ist demgegenüber als verkürzte Kritik zu verstehen, wenn die (männliche) Lohnarbeit in einer Weise ins Zentrum der Politik der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften rückte, in der die unbezahlte Reproduktionsarbeit nicht als Bestandteil der umkämpften Arbeit, sondern als Privatsache bzw. als Vorbedingung statt als Effekt kapitalistischer Arbeitsteilung und Verwertung galt.

Zwischen der Frauenbewegung und der Arbeiterbewegung bzw. der Neuen Linken führte der ab den späten 1970ern geführte Kampf um die Definition von Arbeit und von politischen Schauplätzen der Emanzipation zu Brüchen und Verwerfungen. In kontroversen Debatten um die ökonomische Bedeutung der unbezahlten Hausarbeit und in Auseinandersetzung mit einem lohnarbeitsbezogenen Arbeits- und Ausbeutungsbegriff brachten Feministinnen ein Verständnis von Arbeit in Stellung, das die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit, d.h. sowohl bezahlte als auch unbezahlte Tätigkeiten umfasst – und patriarchale Strukturen im Hier und Jetzt markierte. Mit einem erweiterten Arbeitsbegriff kritisierten und politisierten sie Ausbeutung und soziale Herrschaft nicht nur im unmittelbaren Verhältnis von Kapital und Arbeit, sondern auch in dem nur scheinbar außerhalb des Kapitalverhältnisses stehenden Bereich der Reproduktionsarbeit im Privathaushalt und in privaten Beziehungen. Feministinnen haben das um-

kämpfte Feld Arbeit neu abgesteckt, indem sie als produktive Arbeit definierten, was vorher durch Nichtentlohnung und Nichtbeachtung als Teil gesellschaftlicher Produktivität unsichtbar geblieben war (Dalla Costa 1973). Sie haben das Verständnis von Vergesellschaftung in Arbeitsbeziehungen verändert, indem sie den Blick auf Arbeitsteilung als ein Zwangsverhältnis erweiterten: Sie stellten nicht nur die Frage, wie Frauen aufgrund ökonomischer Abhängigkeit von Männern zu Haushaltsarbeit, Sorgearbeit, emotionaler Arbeit etc. gezwungen werden, sondern auch nach den aktiven, handlungsmächtigen Aneignungen der gesellschaftlichen Bedingungen, die durch die Identifikation mit geschlechtlichen und sexuellen Normen stabilisiert werden (Haug 1980, Boudry et al. 1999). Feministinnen dezentrierten sowohl das Subjekt als auch den Gegenstand von Arbeitskämpfen. Dies birgt angesichts der aktuellen neoliberalen Entwicklungen auch heute wichtige politische Ansätze – einige Entwicklungen erfordern jedoch auch ein Weiterdenken.

Krise der Reproduktion

Es ist als Erfolg feministischer Interventionen zu sehen, dass die privat und familiär erbrachte reproduktive Arbeit heute als Arbeit bzw. als gesellschaftlich notwendige Tätigkeit anerkannt wird. Diese Anerkennung kann aber ebenso einer konservativen geschlechterpolitischen Motivation folgen, wenn etwa derzeit die Familienministerin die gesellschaftliche Bedeutung der häuslichen Bildung und Erziehung von Kindern hervorhebt, um mit dem Betreuungsgeld die Mutterideologie zu zementieren. Insbesondere mit Blick auf die staatliche Familienpolitik und auf Bereiche der Sozialpolitik wird deutlich, wie darin unbezahlte Arbeit und freiwilliges Engagement heute zwar diskursiv sichtbarer und höher bewertet werden, eine materielle Existenzsicherung lässt sich damit aber nicht bestreiten. Im Gegenteil: Staatliche Investitionen in soziale Infrastruktur

sind auf die Steigerung der Erwerbstätigkeit ausgerichtet und einkommensabhängige Transferleistungen festigen die soziale Ungleichheit, statt Arbeit und Reichtum umzuverteilen. Lohnarbeit wird weiterhin als das Wundermittel zur Bewältigung der Erwerbslosigkeit, der Finanzierungsprobleme der Sozialsysteme und des demographischen Wandels gepriesen. Die Erhöhung der Erwerbstätigenquote von Frauen, insbesondere Müttern, ist dabei in der BRD und EU-weit der präferierte Weg. Nur bei der Gruppe der Älteren wird ein vergleichbares Potenzial zur Steigerung der Erwerbstätigenquote ausgemacht (BfA 2011).

Dieses Paradigma prägt heute maßgeblich die krisenhafte politische Regulierung der Reproduktionsarbeit. Als Krise sozialer Reproduktion bezeichnet Gabriele Winker (2012) „den zugespitzten Widerspruch zwischen Profitmaximierung einerseits und Reproduktion der Arbeitskraft andererseits“. In den alltäglichen Erfahrungen hat die Krise zum einen Ursachen in der Erwerbssphäre, wo prekäre Beschäftigung zunimmt und der Leistungsdruck und die Arbeitszeiten steigen. Zum anderen trifft dies im Reproduktionsbereich auf eine äußerst unzureichende staatliche Erbringung von sozialen Dienstleistungen im Pflege-, Erziehungs-, Gesundheits- und Bildungsbereich. Insbesondere bei Menschen mit Sorgeverpflichtungen für Kinder und unterstützungsbedürftige Erwachsene steigen alltägliche Zeitkonflikte und Existenzsorgen. Frauen sind davon zwar überproportional betroffen, die Auswirkungen sind aber ebenso deutlich einkommensabhängig. Im mittleren Einkommensbereich ist das fordistische Reproduktionsmodell, also Familienernährer plus Reproduktionsarbeiterin mit Zuverdienst, tendenziell immer noch finanziell attraktiv. Zwischen oberen und unteren Einkommensklassen nimmt die soziale Ungleichheit hingegen zu – nicht zuletzt durch die qualitativen Unterschiede in der Prekarisierung der Reproduktion. Für Personen bzw. Familien im Niedriglohnbereich verschärft

sich die Doppelbelastung von Lohn- und Reproduktionsarbeit, da der zeitliche und finanzielle Schonraum besonders für Betreuungsaufgaben zusehends beschnitten wird. Ein Ausdruck der Privatisierung der Reproduktion im Zuge entgrenzter Lohnarbeitsverhältnisse in den höheren Einkommensklassen ist hingegen die zunehmende Ökonomisierung von Reproduktionsarbeit: Wenn weniger eigene oder fremde unbezahlte Arbeitskraft dafür zur Verfügung steht, ist eine nahe liegende „Lösung“ meist der Rückgriff auf haushaltsnahe Dienstleistungen und Pflege (Winker 2011). Durch dieses „Outsourcing“ reproduktiver Arbeit an Dienstleister*innen entsteht ein Schattenarbeitsmarkt auf dem in der BRD vorrangig Migrantinnen, oftmals aufenthaltsrechtlich illegalisiert oder prekariert, beschäftigt sind. Ökonomisierte Reproduktionsarbeit zeichnet sich hier durch niedrige Löhne, hohe Flexibilitätsanforderungen, fehlende Sozialversicherungen und schlechte Arbeitsbedingungen aus. Der private Charakter des Arbeitsortes trägt sein Übriges zu den besonderen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsformen bei. Im Jahr 2000 lagen laut den Daten des Sozioökonomischen Panels geschätzte vier Millionen solcher Beschäftigungsverhältnisse vor, Tendenz steigend (Schupp 2002).

Arbeitspolitik aus der Reproduktionsperspektive

17 | Einerseits ist also ein erweiterter Arbeitsbegriff, der feministischen Kämpfen entstammt, heute breit anerkannt, findet aber nur diskursive, nicht materiell-existenzsichernde Anerkennung. Andererseits hält sich die Vorstellung vom Privaten als dem „ganz Anderen“ zur Ökonomie dennoch hartnäckig und ist weder in der Arbeitsforschung noch in gewerkschaftlicher Politik wirklich überwunden. Dadurch wird die Entwicklung umfassender emanzipatorischer Ansätze einer sozial gerechten Verteilung der gesamten Arbeit verhindert. Den Gewerkschaften ist die Reproduktionsperspektive im Prinzip nicht

fremd, insofern sie die Lebensqualität der Arbeitenden gegen die Verwertungsinteressen des Kapitals verteidigen. Entsprechend skandalisiert der DGB-Index Gute Arbeit (2007), dass 42 Prozent der Beschäftigten in Deutschland „unter Bedingungen arbeiten, durch die Familie, Freundschaft und private Interessen zu kurz kommen“. Hier könnte eine verkürzte Analyse anschließen, die implizieren würde, dass die arbeitspolitischen Kämpfe primär in der Erwerbssphäre stattfinden müssen, um ihren Zugriff auf das Private einzudämmen.

Der Blick auf die Reproduktionssphäre und die unbezahlte Arbeit zeigt allerdings, mit welchen Konflikten und mit welchen Ungleichheiten dies einhergeht und erweitert die politischen Perspektiven, im Sinne der Analyse der genannten Krise sozialer Reproduktion, auf die Ursachen in der Regulierung der reproduktiven Arbeit selbst. In unteren und mittleren Einkommensklassen trifft die mangelnde sozialstaatliche Absicherung auf zunehmend verwertungsorientiert flexibilisierte Erwerbsarbeit. Auch dort, wo keine prekäre Beschäftigung im engeren Sinne vorliegt, kann dies zu Prekarisierung im Lebenszusammenhang führen, insofern sich daraus Planungs- und Gestaltungsunsicherheiten sowie eklatanter Zeitmangel in der Sorge für andere und der eigenen Regeneration ergeben (WSI-Mitteilungen 8/2011). Aber auch die scheinbar gelingenden Reproduktionsmodelle der höheren Einkommensklassen, der eher privilegierten Beschäftigten, können mit einer Einschränkung der Lebensqualität einhergehen. Die Klagen von Hochqualifizierten über fehlende Muße und Selbstsorge und ständige Selbstdisziplinierung als Workaholic sollten ernst genommen werden als Brüche im System der Profitmaximierung (Hausotter et al. 2012). Und im informellen haushaltsnahen Dienstleistungssektor hat sich eine Form von Lohn für Hausarbeit etabliert, die mit kritischen, feministischen Positionen nicht vereinbar ist. Die feministischen Analysen der 1970er Jahre lassen sich demgegenüber aber nicht einfach

in Stellung bringen, sind sie doch selbst teilweise in dichotomen Ansätzen verhaftet, die das Los aller Frauen als unbezahlte Reproduktionsarbeiterinnen betonen und dieser neoliberalen Ungleichheit zwischen Frauen eher ratlos gegenüber stehen. Sinnvoller sind Ansätze zur Analyse sozialer Ungleichheit, die kapitalistische Verwertungslogik und Arbeitsteilung ins Zentrum setzen und dabei die feministischen Debatten um Intersektionalität (vielfältig verschränkte Ungleichheiten und Diskriminierungen) anwenden. Dann wird deutlich, dass Produktion und Reproduktion über die Klammer der kapitalistischen Verwertungsmaxime miteinander verbunden sind, dass die ideologischen Begründungen spezifischer Arbeitsteilungen flexibel sind (Leistungsprinzip, Naturalisierung) und dass dabei auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen Differenzen und Ungleichheiten entstehen (Winker/Degele 2009).

Dieser kurze Blick auf Ungleichheiten zeigt, dass eine arbeitspolitische und gewerkschaftliche Antwort auf die Reproduktionskrise nicht sein kann, bei Gleichstellungspolitik in der Erwerbsarbeit stehen zu bleiben und die Themen der Reproduktionsarbeit als Frauenpolitik zu behandeln. Es ist zwar richtig, Diskriminierungsschutz einzufordern und Ungleichheit mit Quotierung zu begegnen. Politische Perspektiven vom Standpunkt der Reproduktion aus zu entwickeln, zielt aber vor allem auf Kämpfe um Arbeitszeit und Umverteilung. Arbeit muss sich an den Bedürfnissen der Menschen messen lassen. Arbeitszeitverkürzung in der Erwerbssphäre und die Vergesellschaftung der Reproduktionskosten, d.h. ihre existenzsichernde Anerkennung, wenn sie individuell erbracht werden und der Ausbau sozialer Infrastruktur wären erste Schritte (vgl. auch die Forderung einer Care Revolution in Winker 2012). In diesem Sinne würde Lohn für Hausarbeit weder Frauen zu Reproduktionsarbeiterinnen machen und in die Privatsphäre verbannen, noch die Etablierung eines prekären Dienstleistungssektors bedeuten, der Anderen

hochbezahlte, entgrenzte Lohnarbeit ermöglicht. Hier sind Modelle der Arbeitszeitreduzierung durchzusetzen, die nicht nur Menschen mit höheren Einkommen offenstehen (wie es etwa bei Sabbatjahren der Fall ist), sondern mit der Umverteilung von Arbeit und Einkommen einhergehen müssen.

Literatur:

Beer, Ursula (1990): Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses. Frankfurt a.M./New York.

Bock, Gisela/Duden, Barbara (1977): Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Gruppe Berliner Dozentinnen: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur 1. Sommeruniversität für Frauen Juli 1976. Berlin, S. 118-199.

Boudry, Pauline/Kuster, Brigitta/Lorenz, Renate (1999): I cook for sex – Einführung. In: Dies.: Reproduktionskonten fälschen! Heterosexualität, Arbeit & Zuhause. Berlin, S. 6-35.

Bundesagentur für Arbeit (2011): Perspektive 2025: Fachkräfte für Deutschland. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Statistisches Bundesamt (Hg.) (2003): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2012): Familienreport 2011. Leistungen, Wirkungen, Trend. Berlin.

Dalla Costa (1973): Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. In: Dalla Costa, Mariarosa/ James, Selma (Hg.) (1973): Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. Berlin.

DGB-Index Gute Arbeit GmbH (Hg.) (2007): Work-Life-Balance 2007 – Der Report. Wie die Beschäftigten die Vereinbarkeit von Berufs-, Familien- und Privatleben beurteilen. Berlin.

Haug, Frigga (Hg.) (1980): Frauenformen. Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation. Berlin.

Haug, Frigga (2010): Sozialistischer Feminismus. Eine Verbindung im Streit. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden, S. 52-58.

Nowak, Iris/Hausotter, Jette/Winker, Gabriele: Entgrenzung in Industrie und Altenpflege: Perspektiven erweiterter Handlungsfähigkeit bei Beschäftigten. In: WSI Mitteilungen 4/2012, 272-280.

Ravaioli, Carla 1977: Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung. Hamburg, Westberlin.

Schupp, Jürgen (2002): Quantitative Verbreitung von Erwerbstätigkeit in privaten Haushalten Deutschlands, in: Gather, Claudia/Geissler, Birgit/Rerrich, Maria S. (Hg.): Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel. Münster, S. 50-70.

Winker, Gabriele: Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive. In: Das Argument 292: Care – eine feministische Kritik der politischen Ökonomie? 53. Jg., Heft 3/2011, 333-344.

Winker, Gabriele (2012): Menschenwürde statt Profitmaximierung. Zur sozialen Reproduktion in der Krise und einer Care Revolution als Perspektive, in: Feministisches Institut Hamburg, Online: www.feministisches-institut.de/menschenwuerde

Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld.

WSI-Mitteilungen (2011): Schwerpunktheft: Prekariisierung der Arbeit – Prekariisierung im Lebenszusammenhang, 64 (8).

DIE KRISE ALS KATALYSATOR DER REAKTION

IN SPANIEN BESTEHT DIE GEFAHR MASSI- VER RÜCKSCHRITTE IM KAMPF GEGEN DIE PATRIARCHALE GESELLSCHAFT

Von: Redaktion - 23. Januar 2014

Im Interview mit der Direkten Aktion erklärt die Sozialarbeiterin, Therapeutin und Aktivistin Berta Vega aus Ourense in der spanischen Provinz Galicien den Zusammenhang von Austeritätspolitik, autoritärer Krisenverwaltung und Geschlechterdiskriminierung.

Berta, erzähl doch erst mal von Deiner Arbeit – was machst Du?

21 | Ich bin Sexualwissenschaftlerin und Pädagogin und biete als Selbstständige Kurse in den Bereichen Konfliktlösung, Selbst- und Fremdhilfe bei sexualisierter Gewalt, Stärkung der Fähigkeit zur Selbsteinschätzung und zur Stärkung des Selbstbewusstseins, zur Wiedererlangung sozialer Fähigkeiten nach traumatischen Erlebnissen oder in Fällen extremer Vereinzelung sowie zum gleichberechtigten Umgang zwischen Männern und Frauen an. Dazu gehören auch Sexual- und Paartherapie, die ich – jetzt unabhängig von meinen übrigen Kursen – in meinem Büro in Ourense anbiete.

Mit welchen Widrigkeiten musst Du bei der Ausübung Deines Berufes, mal gemessen an Deinen persönlichen Idealvorstellungen, am meisten kämpfen?

Die geschlechtsspezifischen Probleme, mit denen ich mich in meiner Arbeit auseinandersetze, rühren von der sozialen Trennung in männlich und weiblich her; die Differenzierungen, die nach der bloßen Feststellung vor oder spätestens bei der Geburt von den Körperteilen Penis und Vulva vollzogen werden, konstituieren folgeschwere Ungleichheiten für eine riesige Menge von Menschen. An diese sozialhistorischen Ursachen in ihren unendlich verschiedenen individuellen Ausprägungen komme ich in meiner Arbeit natürlich nur äußerst rudimentär heran. Das beginnt schon bei der hauptsächlichen Besucher*innengruppe meiner Kurse, die ich seit sechs Jahren durchführe: Betroffene oder interessierte Frauen! Dabei geht es mir doch um die Geschlechterverhältnisse, und daher möchte ich natürlich gerade auch Männer erreichen. Doch diese kommen in der Regel nur, wenn sie arbeitslos sind und ihnen meine Kurse von den Behörden aufgebremmt werden; neben so genannten „Weiterbildungsmaßnahmen“ im technischen oder administrativen Bereich gehört halt auch das Themenfeld „Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern“ zum sozialtechnokratischen Repertoire der aktuellen Krisenverwaltung in Spanien. Für diese Männer ist es unter den gegebenen Bedingungen dann eben ein Zwang und somit eher eine Bestrafung als eine Bereicherung. Durch die Sozialisierung in Familie und Schule und auch ganz wesentlich durch die herrschende Kultur, wie sie sich durch die Massenmedien bis in die Sprache artikuliert, scheint es ein unausgesprochenes soziales Verbot für Männer zu geben, sich mit ihren Problemen im Rahmen von Kursen zu Fragen von Geschlecht und Sexualität zu befassen. Damit beschränkt und behindert die patriarchale Gesellschaft eben nicht zuletzt auch Männer in ihrer Entfaltung und ihren Möglichkeiten zur Problemlösung. Mein grundsätzliches Anliegen, die freie Entwicklung aller Individuen gleich welchen Geschlechts auf der Grundlage von tatsächlicher rechtlicher und sozialer Gleichstellung, erscheint angesichts solcher fundamentaler Probleme als arg utopisch.

Welche Bedingungen würdest Du als die wichtigste Stütze der patriachal-machistischen Verhältnisse in Spanien ansehen?

Obwohl im Geiste des neoliberalen Verwertungswahnes alle möglichen sozialen Beziehungen kapitalisiert werden, würde ich immer noch 80 Prozent der in Spanien geleisteten Arbeit als Unbezahlte qualifizieren. Den Großteil davon machen Fürsorge und Pflege aus – mithin jene Tätigkeiten, die historisch als „weiblich“ konnotiert sind. In Spanien gebrauchen wir den Sammelbegriff „cuidado“ [zu Deutsch sowohl „Pflege“ als auch „Obhut“, aber auch „Vorsicht“ oder „Vorbeugung“, Anm. d. I.], um jene Tätigkeiten zu benennen, die auf die Wahrung des individuellen Wohls und der Teilhabe in physischer, materieller und sozialer Hinsicht zielen. In den tradierten Geschlechterbeziehungen sind Männer die Empfänger und Frauen die Bereitstellerinnen solcher Leistungen, ob nun in Familien oder in der professionalisierten Form der Sozialberufe. „Cuidar“, das Sich-Kümmern um andere, ist eine im kapitalistischen Kontext als minderwertig eingestufte Arbeit, obwohl sie für die Reproduktion der Gesellschaft fundamental ist – zumindest zu Beginn und zum Ende unseres Lebens sind wir alle auf andere angewiesen. Das eigene Herausfallen aus der Verwertbarkeit, aus der Leistungsgesellschaft, wird aber als ein derart schwerwiegendes Verhängnis verklärt, dass die damit zusammenhängende Tätigkeit des „cuidado“ pathologisiert und marginalisiert wird: sie wird in ihrer Mehrzahl zu einem vorkapitalistischen Arbeitsverhältnis degradiert und somit unsichtbar. Die individuellen Folgen der sogenannten „Euro-Krise“ in psychischer, physischer und sozialer Hinsicht fangen nun in erster Linie jene traditionell unbezahlten Kräfte auf: Mütter, Ehefrauen und Töchter, die sich um ihre verarmten Familienangehörigen kümmern. Dabei ist ihr eigenes Armutsrisiko in der Regel um einiges höher als das der meisten Männer, die zumindest noch um ihre Rentenansprüche kämpfen können oder die in

einer „sichtbaren“ und gesellschaftlich als wichtig anerkannten Branche tätig sind, die entsprechend von der Regierung vor dem endgültigen Kollaps gerettet wird. Doch es ist klar, dass sich der ohnehin prekäre Charakter des „cuidado“ im Zuge der Krise nochmals verschärft, die Frauen mit ihrer eigenen Situation und den immer schwierigeren Aufgaben überfordert sind. Daher stellt sich mir die sogenannte „Euro-Krise“ auch tatsächlich als eine Krise des „cuidado“ dar, in der alle Menschen in die Unsicherheit gestürzt werden, wie sie angesichts ihrer jetzt schon schwierigen Lage erst einmal im Alter oder im Falle von Krankheit zurecht kommen sollen. Und diese Unsicherheit wiederum verstärkt die psychischen und sozialen Spannungen, die sich dann in verschiedenen Formen gewalttätig entladen – und eben oftmals gegen Frauen.

Frauen sind also von der als „Euro-Krise“ titulierten Situation besonders betroffen?

Wenn ich auf meine Region, die Provinz Galicien, mit der drittältesten Bevölkerung Spaniens blicke, wird besonders deutlich, welche immense Bedeutung die Tätigkeit des „cuidado“ hat. Hier sind 21 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt, der Durchschnitt in Spanien liegt bei 16 Prozent. Nun sind in Galicien von jenen über 65-Jährigen aber 68 Prozent Frauen, von denen 43 Prozent verwitwet sind – wohingegen 77 Prozent der Männer über 65 in einer Ehe leben. Somit sind Frauen im Alter ohnehin einem besonderen Risiko der Vereinsamung und mit einhergehend dem Problem mangelnder Fürsorge ausgesetzt. Noch werden solche Aufgaben meist von Familienangehörigen – den Töchtern und Söhnen oder den Schwiegerkindern – übernommen, doch die ökonomische Situation macht es für viele immer schwieriger, sich neben sich selbst auch noch um andere zu kümmern. Und noch mal: etwa 84 Prozent aller Tätigkeiten im Bereich „cuidado“ werden von Frauen ausgeführt, das gilt natürlich auch für die Sorge um

die Gruppe der alleinstehenden Frauen über 65. Da nun in diesem speziellen Bereich ein immer größerer Bedarf an bezahlten Kräften herrscht, muss auch die kapitalisierte Form des „cuidado“ betrachtet werden. Aufgrund der ländlichen Struktur weiter Teile Galiciens werden Pflege und Assistenz hier meist ambulant organisiert; die Arbeiter*innen – entsprechend der Tätigkeit eben meist Frauen – kümmern sich im Regelfall um acht bis zehn Personen im Schichtbetrieb und verdienen dabei zwischen 600 und 800 Euro netto im Monat. Wenn man die enormen Strecken, die sie zwischen den oftmals entlegenen Ortschaften zurücklegen müssen, berücksichtigt, ist das wirklich ein miserabler Hungerlohn. An diesem konkreten Beispiel wird deutlich, wie sich die Krise eben besonders auf Frauen auswirkt: wenn sie bedürftig werden, wird es immer schwieriger, ihnen Hilfe über die traditionellen Wege zukommen zu lassen, und um diesen Bedarf nun finanziell befriedigen zu können, werden die als weiblich konnotierten Sozialberufe noch stärker ausgebeutet als zuvor. Ich habe bereits von den beiden Sektoren der spanischen Wirtschaft gesprochen – dem sichtbaren, anerkannten und bezahlten sowie dem unsichtbaren, nicht wertgeschätzten und unbezahlten. Die doppelte Ausbeutung ist ein historisches Problem der spanischen Arbeiterinnen: Von ihnen als Frauen wurde die Entrichtung unbezahlter Arbeit verlangt, aber als Angehörige der Arbeiter*innenklasse waren sie im Gegensatz zu bürgerlichen Frauen auch darauf angewiesen, ihre Arbeitskraft dem Markt zur Verfügung zu stellen. Dieses Problem ist heute wieder hochaktuell und betrifft immer mehr soziale Schichten, die ökonomisch abrutschen. Und es spielt der Politik der Austerität natürlich in die Karten, dass in einer Situation, in der immer mehr Menschen auf die Bereitstellung von Sozialer Arbeit angewiesen sind, diese entweder im Bereich der „cuidados“ meist unbezahlt entrichtet wird oder aber die entsprechenden Tätigkeiten aufgrund ihrer traditionellen Geringschätzung und der politisch-ökonomisch schwachen Position der Arbeiter*innen

– wir wissen: meist Frauen – im Niedriglohnssektor stattfinden.

Hat die Krise also zu gesellschaftlichen Rückschritten im Kampf gegen Geschlechterdiskriminierung geführt?

Die erste Krisenwelle, die die spanische Wirtschaft erfasste, hat große Schäden in der Baubranche, im Kraftfahrzeugsektor und der Stahlindustrie hinterlassen. Die zweite Welle erfasste dann die staatlichen Einrichtungen, was den Ausgangspunkt für die jetzige Austeritätspolitik markierte. Besonders betroffen waren alle Bereiche, die mit dem Aspekt des „cuidado“ zu tun haben: das Gesundheitswesen, Betreuung und Fürsorge für Senior*innen, Bildung usw. Die ohnehin angeschlagene Finanzierung des öffentlichen Sektors wurde endgültig unterspült, als durch Steuererleichterungen und Konjunkturprogramme die Folgen der ersten Krisenwelle für die Industrie und das Finanzwesen abgemildert werden sollten. Aufgrund der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung jener Bereiche, in denen daraufhin Einrichtungen geschlossen, Stellen gestrichen und Gehälter gekürzt wurden, um die Privatwirtschaft in der Krise abzufedern, wurden massenhaft Frauen ökonomisch gegenüber Männern benachteiligt. Aber auch politisch wurden die Rückschritte und Angriffe auf die Gleichheit immer deutlicher: Einer der ersten Schritte bei der Etablierung der Austeritätspolitik war die Abschaffung des Gleichstellungsministeriums! Dies ist nicht nur ein deutliches Zeichen, welchen Stellenwert Gleichheit für die Politik hat, wenn es einmal hart auf hart kommt, sondern ist auch in dem Kontext der Durchsetzung der Austerität selbst zu sehen: Sind nun mal vor allem Frauen von den Kürzungen im öffentlichen Sektor betroffen, so werden logischerweise auch ihre Möglichkeiten beschränkt, sich dagegen zu wehren. Im von mir so betonten Kontext des Stellenwertes und der Organisation der „cuidados“ ist es da auch erwähnenswert, dass das „Ley Dependencia“, also das Gesetz, das einen Anspruch auf Fürsorge und Pflege im Alter festschreibt, im Zuge

der Austerität gestrichen wurde; auf wen sich das nun besonders auswirken wird, dürfte mittlerweile klar sein. Mit dem allgemeinen Trend zur Privatisierung verbunden ist unter den Bedingungen der Krise eine noch stärkere Position all jener, von deren Investitionen das Wirtschaftswachstum abhängig ist. Bei einer zunehmend sowohl alternden wie auch verarmten Bevölkerung ist es logisch, dass im Feld der „cuidados“ kaum Kapital akkumuliert werden kann, weshalb bei einem Rückzug des Staates eben hier kaum Geld zur Verfügung steht. Die vorkapitalistischen Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich werden so verstärkt, vergrößert und verewigt. Aber selbst wenn wir auf den „sichtbaren“ Bereich der Ökonomie schauen, wird die politisch-ökonomische Benachteiligung von Frauen deutlich: Europaweit sind die Löhne durchschnittlich im Zuge der Krise um 16,2 Prozent, in Spanien um 21 Prozent gefallen; die von Frauen dominierten Sektoren sind dabei am schlimmsten betroffen und tragen zum Gros dieser Zahlen bei. Auch von Kurzarbeit sind Frauen stärker betroffen als Männer. Innerbetrieblich lag das zum einen an geringerer Betriebszugehörigkeit durch Schwangerschaft etc., zum anderen daran, dass sie Kurzarbeit aufgrund ihrer mannigfaltigen anderen Aufgaben (erneut das Stichwort „cuidados“) eher akzeptierten. Doch die Dramatik der Zahlen – 31,6 Prozent aller Frauen waren von Kurzarbeit bzw. Stundenstreichungen betroffen, aber nur 8,1 Prozent der Männer – erklärt sich natürlich vor allem dadurch, dass aus den weiblich konnotierten Berufen Kapital abgezogen wurde. Diese anhaltende ökonomische Entwicklung führt in allen Bereichen zu einem konfrontativen gesellschaftlichen Klima: Zuerst wurden die betriebliche Mitbestimmung, dann die gewerkschaftlichen Rechte und nun sogar das Demonstrationsrecht erheblich eingeschränkt. Zu den historisch erkämpften Formen der demokratischen Mitbestimmung, die nun geschleift werden, gehören selbstverständlich auch alle Gleichstellungsinstanzen, ob nun auf

staatlicher oder privatwirtschaftlicher Ebene. Die Krisenverwaltung und die Durchsetzung ihrer Folgen werden autoritär praktiziert, als ob sie die Lunte des Dynamits der sozialen Ungleichheit entzünden wollten: Der Dialog um Gleichheit und die Möglichkeit, Geschlechterdiskriminierung argumentativ in den Institutionen und Unternehmen zu kritisieren, werden suspendiert. Gerade in den Unternehmen gab es ja den Trend, im Zusammenhang mit politischen Regelungen gegen die Diskriminierung von Frauen in höheren Positionen, aber auch allgemein gegen die Ungleichbezahlung, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz vorzugehen. Dem Bemühen um solche Veränderungen möchte ich auch in keiner Weise die Berechtigung absprechen, doch ich sehe ganz klar, dass die Kämpfe im Zuge der Krise eben auch am Arbeitsplatz viel härter werden.

Welche Rolle nimmt denn der Feminismus in den aktuellen sozialen Kämpfen in Spanien ein? Und wie politisch aktiv sind die ArbeiterInnen aus den Sozialberufen?

Also, wenn wir nun einen Aspekt wie den der häuslichen und der sexuellen Gewalt betrachten, können wir gut sehen, wie das politische Wirken des Feminismus und der Sozialarbeiter*innen Gesellschaft verändert: Vor wenigen Jahrzehnten hieß es noch, das sei ein Privatrecht der Männer, dann wurden es individuelle Fehlritte, und heute wird es allgemein als ein gesellschaftliches Problem betrachtet, über dessen Ursachen und Lösungen breit diskutiert wird. Eine andere historische Errungenschaft des Feminismus ist das 1983 unter der sozialistischen Regierung gegründete „Institut der Frau“ (Instituto de la Mujer). Auch wenn dieses Institut als Regierungsbehörde der Willkürparlamentarischer Mehrheitsfindung und politischer Trends unterworfen ist, so leistet es durch seine empirischen Forschungen und seine Publikationen doch unendlich wichtige Aufklärungsarbeit. Die Daten über Ungleichbehandlung am Arbeits-

platz, über sexuelle Gewalt, unbezahlte Arbeit und vieles mehr sind wichtig, um ein Bewusstsein und eine Diskussion in der Gesellschaft zu verankern. Der Feminismus spielt in Spanien eine wichtige politische Rolle, auch jenseits aktueller sozialer Bewegungen; die verschiedensten Regierungen der Post-Franco-Ära mussten sich immer wieder gegenüber feministischen Positionen rechtfertigen. Das sieht man zum Beispiel an dem innenpolitischen Druck, den feministische Gruppen und Einzelpersonen in den neunziger Jahren entfalten konnten, als es mehrere internationale Abkommen zum Kampf gegen Gewalt gegen Frauen gab und sich der spanische Staat nur halbherzig beteiligte. Als im November 1999 die Dominikanische Republik mit 60 anderen Staaten den Tag der „Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen“ beging, löste das im Jahr 2000 in Spanien anlässlich des 40. Jahrestages der Hinrichtung der Schwestern Mirabal [drei vom dominikanischen Diktator Rafael Trujillo 1960 hingerichtete Widerstandskämpferinnen, Anm. d. I.] an vielen Orten in Spanien spontane Demonstrationen, Kundgebungen und Feste aus. Daran sieht man, wie fest der Feminismus in der politischen Kultur Spaniens verankert ist. Jede neue Generation wächst in diese Kultur hinein, sodass der Feminismus immer auf der Höhe der Zeit bleibt – die Feministinnen gehörten in Spanien zu den ersten überhaupt, die das Internet als Medium zum Publizieren und Vernetzten nutzten. Die Formate Mujeres en Red oder Websites wie die der Fundación Mujeres, die Coordinadora Española para el Lobby Europeo de Mujeres oder das Red Estatal de Organizaciones Feministas contra la Violencia de Género haben echte Pionierarbeit für die gesamte politische Kultur in Spanien und den medialen Diskurs geleistet. Gerade das letzte Beispiel, das Red Estatal de Organizaciones Feministas contra la Violencia de Género, zeigt auch die Widerstandskraft des Feminismus, entstand es doch in einer Zeit des konservativen Rückfalls weiter Teile der spanischen Gesellschaft, der von der Partido Popular, der Kirche und den ent-

sprechenden politischen Akteuren vorangetrieben wurde. Die verschiedenen feministischen Organisationen schlossen sich zusammen und konnten die ärgsten Angriffe auf die Errungenschaften der Frauenbewegung in der spanischen Gesellschaft zurückschlagen, gerade was den Erhalt sozialer Einrichtungen und Rechtsansprüche anging. Die Positionen des Feminismus unterstützen oftmals die Anliegen der Arbeiter*innen der Sozialberufe – aufgrund ihrer Gender-Zusammensetzung als auch aufgrund des Charakters ihrer Arbeit, der sich gegen die gewaltförmigen Ausprägungen der patriarchalen Gesellschaft richtet. Ich finde, dass dies sowohl im Bereich der „cuidados“ als auch im Bereich der Gewalt gegen Frauen besonders deutlich wird. Die Kämpfe im Bereich der Sozialen Arbeit sind somit auch die Kämpfe des Feminismus. Um schlussendlich auf die aktuelle Situation zu kommen: Am 20. Dezember 2013 hat die Regierung das reaktionärste Abtreibungsgesetz verabschiedet, das Spanien seit dem Ende der Diktatur je gesehen hat. Es sieht die Möglichkeit zu einem Schwangerschaftsabbruch in der Regel nur noch in extremen Fällen einer „Missbildung des Fötus“ vor. Ausnahmen bei einer „psychisch extremen Belastung“ müssen beantragt werden, was einen Behördenmarathon und mehrere Gutachten – politisch und nicht medizinisch bestimmter Stellen! – erfordert. Konkret bedeutet das: Frauen müssen „Pro-Vida“-AktivistInnen von ihrem Anliegen einer Abtreibung überzeugen! Dass die Verabschiedung dieses Gesetzes trotz der starken Position des Feminismus überhaupt möglich war, zeigt wohl deutlich die angespannte gesellschaftliche Situation, in der wir uns befinden, und dass Dialog und Diskussion kaum mehr gewollt sind. Wir müssen zusammen gegen die machistische Reaktion, die mit der Krise einhergeht, angehen.

30

Liebe Berta, danke für dieses Interview!

„Es ist schwer für die Frau zu erkennen, wie und wo sie innerlich gebunden ist. Niemand, der ihr dabei helfen könnte, als die Liebe zur Freiheit. Der Mann, selbst der anarchistische Genosse, ist ihr dabei kaum eine Hilfe. Im Gegenteil, auch da gibt es noch soviel verborgene männliche Eitelkeit, die – ihm unbewusst – ihrer Befreiung entgegenarbeitet, oft in falsch verstandener Liebe und Freundschaft. Vor so vielen inneren Schwierigkeiten möchte man manchmal voller Verzweiflung den Kampf aufgeben.

Aber seid stark und haltet durch, Frauen der Revolution. Wenn ihr erreicht habt, dass ihr euch selbst gehört, dass eure Entscheidungen im täglichen Leben nur von eurer eigenen Überzeugung und nicht von überlieferter Gewohnheit bestimmt sind, wenn euer Gefühlsleben frei von sentimentaler und traditioneller Rücksichtnahme ist, wenn ihr eure Liebe, eure Freundschaft und Zuneigung aus eigenem freien Willen geben könnt, dann ist es leicht, mit den äußeren Schwierigkeiten fertig zu werden.“

–Anonym: *Der doppelte Kampf der Frau*
(Die soziale Revolution, Nr. 12, 1. Mai 1937)



kämpferisch | solidarisch | selbstorganisiert

Die FAUB Sektion Potsdam trifft sich
am letzten Dienstag im Monat
um 19.00 Uhr
Café Madia (Lindenstraße 47)